

# auherr, r Staub

et um ein Kohlekraftwerk,  
eren zwei – und niemand  
protestiert **VON SINA CLORIUS**



**LICHTSTES KRAFTWERK:** Das alte AKW

**BRUNSBÜTTEL**  
**G**anz Norddeutschland redet von Moorburg, wer spricht von Brunsbüttel? Auf einer Baustelle im Hamburger Süden, so scheint es bisweilen, entscheidet sich die Zukunft des Weltklimas oder wenigstens des deutschen Beitrags zu seinem Schutz – diesen Schluss jedenfalls legt die aufgeregte Debatte um das Kohlekraftwerk nahe, das der schwedische Energiekonzern Vattenfall dort errichten will. 70 Kilometer flussabwärts dagegen plant ein Konsortium süddeutscher Energieunternehmen ein Megakraftwerk, das Moorburg in vieler Hinsicht in den Schatten stellen dürfte: Noch größer, noch mehr sinnlos vergeudete Abwärme – und der halbherzige Versuch, zu dem sich Vattenfall hatte drängen lassen, das austretende Treibhausgas CO<sub>2</sub> abzuscheiden und zu speichern, ist bei diesem Kraftwerk gar nicht erst geplant. Aber während sich der Streit um Moorburg im Zuge der Hamburger Regierungsbildung zum nationalen Politikum auswuchs, interessiert sich für Brunsbüttel nur eine örtliche Bürgerinitiative.

Das ist bemerkenswert – denn mehr noch als Moorburg steht Brunsbüttel für den deutschen Weg in der Energiepolitik. Noch erzeugt in der Kleinstadt am Elbufer ein Atomkraftwerk Strom. Ginge es nach den Brunsbüttelern, dürfte das

gerne so bleiben. »Wir – da spreche ich für die Mehrheit des Stadtrats – hätten gern ein Atomkraftwerk der neuesten Generation gehabt, wenn so etwas noch gebaut werden dürfte«, sagt Brunsbüttels parteiloser Bürgermeister Wilfried Hansen.

Atomkraftwerke aber dürfen in Deutschland nicht mehr gebaut werden, die Restlaufzeit des alten AKWs endet voraussichtlich im Jahr 2011, weshalb hier von 2012 an zwei neue Steinkohlekraftwerke Strom erzeugen sollen, insgesamt etwa dreimal so viel wie bisher. Dabei werden sie Jahr für Jahr ungefähr 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft blasen – fast doppelt so viel, wie das umstrittene Kraftwerk im Hamburger Süden ausstoßen soll.

Kohle statt Atom – der neue Kraftwerkspark in Brunsbüttel, mit all seiner Klimaschädlichkeit, ist ein Erbe der rot-grünen Energiepolitik. Da passt es gut, dass einer der prominentesten Grünen Deutschlands zu den Bauherren zählt. Zwar sind die Stadtwerke des grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer nur mit einem winzigen Anteil an dem Bauvorhaben beteiligt – aber da man nicht ein bisschen für etwas sein kann, was man prinzipiell bekämpft, bleibt Palmer ein Bekenntnis zum Kohlestrom nun nicht erspart. In Tübingen treibt der Bürgermeister eine eindrucksvolle lokale Effizienzrevolution voran; die Investition im fernen

Brunsbüttel verteidigt er mit Sätzen, wie man sie im Streit um Moorburg bislang nur aus der CDU hörte: Auch ein modernes Kohlekraftwerk sei immerhin ein Fortschritt gegenüber dem ineffizienten Status quo. »Wir dürfen neue Kraftwerksprojekte nicht um den Preis verhindern, dass alte ineffizient weiterlaufen«, sagt Palmer – ein Argument, das unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes vielleicht noch etwas plausibler wäre, würden die Kohleöfen in Brunsbüttel nicht ausgerechnet ein Kraftwerk ablösen, das kein Kohlendioxid ausstößt. Ökopolitisch korrekt fügt Palmer hinzu, sein Ziel sei es, einen »energiepolitischen Rahmen« zu schaffen, »der alle Kohlekraftwerke überflüssig und unwirtschaftlich macht«. Aber mit diesem Bekenntnis schwimmt er immer noch im Mainstream der Kohlelobby, die ihre Kraftwerke ja nicht als eine perfekte Zukunftstechnik, sondern nur als unvermeidliche

Übergangslösung anpreist.

Darüber hinaus hat Palmer noch ein energiepolitisches Argument: Tübingen wolle sich mit einem eigenen Kraftwerk von den großen Energieversorgern unabhängig machen. »Denn wenn die Stadtwerke sterben, hat man keine Chance, den völlig verkrusteten Strommarkt ökologisch neu auszurichten.«

Im Dithmarscher Kreistag, zu dem Brunsbüttel gehört, sind Palmers norddeutsche Parteifreunde nicht vertreten. Das alte Atomkraft-

werk gibt 300 Menschen einen Arbeitsplatz. 420 Jobs sollen die beiden neuen Kraftwerke schaffen – da kommt das Versprechen der schwarz-roten Landesregierung, »Brunsbüttel als Energiestandort zu erhalten«, bei den Einwohnern gut an. Und wenn ein Sozialdemokrat im Kieler Landtag mal etwas gegen die neuen Kraftwerke sagt, dann pfeift ihn sein Fraktionsvorsitzender eilig zurück.

So beschränkt sich die Opposition gegen das Kraftwerk auf einige Bauern im Nachbarkreis Steinburg, der in der Hauptwindrichtung von Brunsbüttel landeinwärts liegt und den größten Teil des Kohlestaubes abbekommen würde. Dort gibt es auch eine kleine Klimaschutzinitiative, die ihre Existenz wohl hauptsächlich der bewegten Geschichte der zu Steinburg gehörenden Gemeinde Brokdorf verdankt. 20 Aktive lassen Luftballons für den Klimaschutz steigen, die Lokalzeitung berichtet darüber, aber schon die Zeitungen des Kreises, so klagt die Bürgerinitiative, seien für ihr Anliegen nicht zu gewinnen.

»Brokdorf ist überall«, lautete die Parole, als Atomkraftgegner aus ganz Deutschland hier vor 30 Jahren vor dem Nachbar-AKW demonstrierten. Heute, da Fragen der Energiepolitik mehr denn je zum globalen Problem werden, sind schon Hamburg und Tübingen furchtbar weit entfernt.

## LÄNDERSPIEGEL

